

# PRESSEMITTEILUNG

## Prognos/Allensbach-Umfrage: Die Deutschen bauen aufs Eigenheim und die Unterstützung des Staates

Berlin, 17. Februar 2010 – Die Deutschen wünschen sich mehr staatliche Unterstützung, um den Traum vom Eigenheim verwirklichen zu können. Eine verstärkte Wohnbauförderung wäre dabei vor allem Familienförderung. 1,5 Millionen Mieter in Deutschland, vor allem aus Mittel- und Großstädten, planen derzeit, in den kommenden zwei bis drei Jahren Wohneigentum zu erwerben. Mehr als 78 Prozent der Kauf- und Bauwilligen sind junge Familien und Paare unter 45 Jahre, bei denen die vorhandenen Spareinlagen häufig niedriger sind als bei Paaren im fortgeschrittenen Alter. Um sich den Traum vom Eigenheim erfüllen zu können, spielt die staatliche Förderung eine erhebliche Rolle. Rund 40 Prozent der angehenden Eigentümer geben an, sich ohne öffentliche Förderung die eigenen vier Wände nicht leisten zu können. Drei Viertel der Menschen, die schon heute Wohneigentum besitzen und dies zum Teil selbst finanziert haben, haben für den Erwerb Fördermittel eingesetzt. 38 Prozent der Bevölkerung befürworten eine Ausweitung der staatlichen Unterstützung. Dies geht aus einer aktuellen, repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Prognos AG in Zusammenarbeit mit dem Allensbach Institut für Demoskopie hervor, die heute in Berlin vorgestellt wurde.

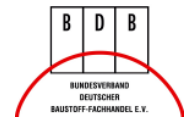
Die Fördermaßnahmen müssen dabei einfach und transparent sein. 65 Prozent der Befragten wenden sich gegen das Argument, dass die staatliche Wohnbauförderung nicht wirklich hilfreich sei und sprechen sich für die Wiedereinführung der Eigenheimzulage aus. 60 Prozent befürworten Steuererleichterungen. Komplizierte und nicht auf Anhub zu durchschauende Vorschläge wie z.B. eine nachgelagerte Besteuerung beim Eigenheimrentengesetz finden dagegen in der Bevölkerung wenig Resonanz.

Als Motive für den Erwerb von Wohneigentum nennen die künftigen Bauherren und Immobilienkäufer vor allem vier Optionen: An erster Stelle steht der Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu leben (79 Prozent), gefolgt von der Gestaltungsfreiheit (76 Prozent) und der Bedeutung einer Immobilie als Absicherung im Alter (75 Prozent) sowie der Unabhängigkeit von einem Vermieter (74 Prozent).

Die in der Kampagne Impulse für den Wohnungsbau zusammengeschlossenen Verbände fordern die Politik daher auf, die Hilfen zur Unterstützung der Wohneigentumsbildung zu verbessern.

„Wir brauchen einen adäquaten Ersatz für die Eigenheimzulage, der vor allem jungen Familien zu gute kommt. Der 2008 eingeführte Wohn-Riester ist noch immer zu kompliziert und muss dringend vereinfacht werden. Ein Problem ist, dass beispielsweise bei einem berufsbedingten Wohnort-Wechsel die Immobilie bislang nicht vermietet werden darf. Wer seine Immobilie über Wohn-Riester erworben hat, muss sie entweder wieder verkaufen oder Förderbeträge zurückzahlen. Das ist in der heutigen Arbeitswelt, die von den Menschen viel Mobilität verlangt, absurd“, monierte Walter Rasch, Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Dabei hätte der Wohn-Riester Potenzial. Aktuell sind 200.000 Verträge abgeschlossen und von den 13 Millionen anderen Formen von Riesterverträgen würden sich ein

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de  
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de



# PRESSEMITTEILUNG

Viertel – die, deren Sparer über einem Jahreseinkommen von 35.000 Euro liegen – für den Kauf einer Immobilie eignen. Der Wohn-Riester (auch „Eigenheimrente“) wurde zum 1. Januar 2008 als Ersatz für die 2005 ausgelaufene Eigenheimzulage eingeführt.

## **Verbändebündnis fordert Wende im Wohnungsbau**

Gleichzeitig verwiesen die Verbände vor dem Hintergrund des zunehmenden Mangels an bezahlbaren Wohnungen in Ballungsräumen wie beispielsweise München und Hamburg auf die Notwendigkeit, auch Investitionen von privaten Unternehmen in die Anlageform Wohnraum zu stärken.

„Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung Wirtschaftswachstum, die demografische Entwicklung und den Klimaschutz als Kernaufgaben ihres Regierungshandelns bezeichnet. Der Wohnungsbau kann in allen drei Bereichen Teil der Lösung sein: So bringen gezielte steuerliche Impulse nicht nur mehr Wohnungen, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze und ein Plus an öffentlichen Einnahmen. Zugleich ermöglicht ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Wohnungen vielen Senioren nicht nur das von ihnen gewünschte Altern in der eigenen Wohnung, sondern entlastet zugleich die Pflegekassen. Nicht zuletzt hängt das Erreichen der Klimaschutzziele wesentlich vom energetischen Standard der Gebäude ab“, sagte Oliver Frickenhelm, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau.

Klaus Wiese, Bundesvorsitzender der IG BAU, hob die besondere umweltpolitische Bedeutung von Wohnen und Wohnungsbau hervor: „Die KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung waren bisher sehr erfolgreich. Die Bundesregierung hat damit einen wichtigen Schritt in Richtung Energieersparnis getan und darf jetzt nicht zurückrudern. Die Bundesmittel hierfür müssen verstetigt werden, denn bisher ist erst ein geringer Anteil aller in energetischer Hinsicht bedürftigen Wohnungen saniert. Energetische Gebäudesanierungen mit einem Volumen von einer Million Euro schaffen bzw. sichern 18-21 Arbeitsplätze für ein Jahr und tragen außerdem dazu bei, dass Deutschland seine ambitionierten Klimaschutzziele erreicht.“

Um den heutigen Ansprüchen an Energieeffizienz von Gebäuden sowie einer zunehmend älteren Bevölkerung gerecht zu werden, gehen die Experten zudem davon aus, dass ein Abriss und qualitativ hochwertiger Neubau manchmal die wirtschaftlichere Alternative sein kann.

„Es ist daher notwendig, den Bestandsersatz auch als eine Variante der Modernisierung zu betrachten. Dementsprechend müssen alle in der Sanierung und Modernisierung einsetzbaren Fördermöglichkeiten z.B. zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse, auch bei Ersatzneugewandelt werden können. Dies umschließt unserer Auffassung nach Anerkennung von Rückbaukosten sowie Kosten Umzugmanagements mit ein.“ Dieses erklärte Dr. Hans-Helmut Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes.

Die ausführliche Umfrage von Prognos/Allensbach und Statements der Sprecher finden Sie unter: [www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de  
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

# PRESSEMITTEILUNG

**Pressekontakt:**

Miriam Herke

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

Pressesprecherin

Tel: 030-32781-110

Fax: 030-32781-299

E-Mail: [presse@bfw-bund.de](mailto:presse@bfw-bund.de)

[info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](mailto:info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

[www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)